



# HESSISCHER LANDTAG

07. 07. 2009

Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen

## **Dringlicher Entschließungsantrag**

### **der Fraktion DIE LINKE**

#### **betreffend keine Erhöhung der Mehrwertsteuer - die Reichen sollen zahlen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt, dass Vertreter politischer Parteien bundesweit eindeutig Steuererhöhungen und Sozialabbau zulasten der Menschen mit geringen Einkommen vorschlagen und vorbereiten, so auch eine Erhöhung bei der Mehrwertsteuer. Die Versuche mancher Politiker, die Mehrwertsteuererhöhung nach den Bundestagswahlen zur Finanzierung der Krise zu nutzen, müssen verhindert werden.
2. In Zeiten von Wirtschafts- und Finanzkrise, steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Sorge vieler Menschen um den Arbeitsplatz ist es geradezu zynisch, die Mehrwertsteuer auf die am dringendsten benötigten Dinge des täglichen Bedarfs, insbesondere Lebensmittel, erhöhen zu wollen. Schon jetzt muss eine wachsende Anzahl von Menschen auf Lebensmittelspenden der "Tafeln" zurückgreifen, weil sie ein zu geringes Einkommen haben, um ihren täglichen Bedarf anderweitig zu sichern.
3. Die Politik des Umverteils von unten nach oben darf nicht fortgesetzt werden. Die erforderliche Einnahmeerhöhung des Steueraufkommens darf nicht zulasten der ärmeren Bevölkerungsschichten erfolgen. Die Kosten der Krise müssen diejenigen tragen, die in den letzten Jahren an der Krise verdient und sogar in der Krise große Gewinne eingefahren haben. Nur wenn die großen Vermögen angemessen besteuert werden, können schwere soziale Verwerfungen verhindert werden.
4. Deshalb tritt der Landtag dafür ein, dass der Spitzensteuersatz wieder - wie unter der Regierung Helmut Kohl - auf über 50 v.H. angehoben wird. Es sollen wieder diejenigen herangezogen werden, die in den letzten Jahren zu umfangreichen Vermögen, u.a. durch Börsenspekulationen, gekommen sind. Hier sollte es zu einer Vermögensabgabe im Sinne eines Lastenausgleichs kommen, wie es in der Geschichte der Bundesrepublik schon einmal erfolgreich praktiziert wurde. Dies wäre angesichts der gigantischen Summen, die als "Rettungsschirme für Banken" verausgabt wurden, dringend notwendig.

#### **Begründung:**

Der Landtag hält es für einen bessern Weg, daran festzuhalten, die Mehrwertsteuersätze besonders beim ermäßigten Satz festzuschreiben, weil es gerade die Bereiche sind, die beim täglichen Konsum, wie z.B. Lebensmittel, alle betrifft. Diejenigen, die einen relativ hohen Anteil ihres Einkommens für ihren Grundbedarf verausgaben müssen, wären durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer stark getroffen. Die Reduktion des verfügbaren Einkommens für sozial Benachteiligte durch Erhöhung der Mehrwertsteuer ist nicht hinnehmbar. Eine Mehrwertsteuererhöhung ist sowohl unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten als auch unter verteilungspolitischem Gesichtspunkt abzulehnen.

Wiesbaden, 7. Juli 2009

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Wissler**